

Grünliberale Partei Winterthur
Postfach 1830, 8400 Winterthur

Departement Soziales
Stadtrat Nicolas Galladé
Lagerhausstrasse 6
Postfach
8402 Winterthur

11. November 2011

Ihr Kontakt: Katrin Cometta, Mobile +41 78 680 11 69, eMail katrin.cometta@grunliberale.ch

Vernehmlassung Suchtpolitik Winterthur 2012 - 2016

Sehr geehrter Herr Stadtrat Galladé

Mit Schreiben vom 8. September 2011 haben Sie uns zur Vernehmlassung bezüglich der Suchtpolitik 2012 – 2016 eingeladen. Wir danken Ihnen und nehmen fristgerecht wie folgt Stellung:

Wir sind grundsätzlich mit der Suchtpolitik Winterthur einverstanden, insbesondere mit der Anerkennung der Tatsache, dass es keine suchtfreie Gesellschaft gibt. Entsprechend braucht es eine pragmatische und lösungsorientierte Politik, die auf das Vier-Säulen-Prinzip abstützt. Wichtig ist dabei die bessere Vernetzung und Koordination, sowohl zwischen den betroffenen Fachgebieten als auch zwischen den verschiedenen Gemeinden bzw. mit dem Kanton Zürich.

Eine detaillierte Stellungnahme zu ausgewählten Themen finden Sie auf den folgenden Seiten.

Wir danken Ihnen für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüssen

Beatrice Vetsch

Katrin Cometta-Müller

Co-Präsidentin glp Winterthur

Gemeinderätin

1. Allgemeine Bemerkungen und Rückblick auf die Suchtpolitik Winterthur 2007-11

Die Grünliberalen Winterthur begrüßen, dass die Suchtpolitik von Winterthur ganzheitlich und umfassend angegangen wird. Entsprechend finden wir es richtig, dass strategische Leitlinien formuliert und Massnahmen daraus abgeleitet werden und dass diese regelmässig überprüft und angepasst werden.

Wir teilen die Einschätzung, dass sich alles in allem die Suchtpolitik Winterthur der letzten vier Jahre bewährte. Der Rückblick zeigt aber auch die Herausforderungen bezüglich der verbesserten Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren auf, dies insbesondere auch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit andern Gemeinden des Bezirks sowie mit dem Kanton. Mit der Bildung der Kommission Steuerung Suchtpolitik konnte ein Gremium zur internen Vernetzung geschaffen werden. Bezüglich externer Zusammenarbeit sehen wir noch Handlungsbedarf.

Die Zusammenstellung über den Umsetzungsstand der Massnahmen ist transparent und übersichtlich. Interessant wären aber zusätzliche Darstellungen zu den vorhandenen Angeboten und Statistiken.

2. Grundsätze

Wir sind grundsätzlich mit der Suchtpolitik Winterthur einverstanden, insbesondere mit der Anerkennung der Tatsache, dass es keine suchtfreie Gesellschaft gibt. Entsprechend braucht es eine pragmatische und lösungsorientierte Politik, die auf das Vier-Säulen-Prinzip abstützt. Leider schweigt sich der Bericht darüber aus, welche Säule wie viel Gewicht hat und wie die Ressourcen eingesetzt werden.

Aus nachvollziehbaren Gründen wird auf den Schutz der Jugend ein besonderes Augenmerk gerichtet. Dennoch soll nicht vergessen werden, dass Sucht ein Thema ist, das durchgängig sämtliche Altersschichten betrifft.

Der Fokus muss auf den exzessiven Alkoholkonsum von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gelegt werden. Die Situation rund um den Bahnhof ist nicht tolerierbar.

Wir begrüßen, dass die Suchtpolitik pragmatisch, sachbezogen und effizient sein soll. Zudem muss sie auch vom Respekt gegenüber dem Mensch geprägt sein.

3.1 Steuerung, Vernetzung, Kommunikation und Finanzierung

Wichtig ist den Grünliberalen die bessere Vernetzung und Koordination. Die Wechselwirkungen zwischen Jugend-, Familien-, Gesundheits- und Sozial- und Sicherheitspolitik sind zu berücksichtigen. Die Koordination zwischen den betroffenen Fachgebieten/Säulen/Süchten muss gewährleistet sein. Wir begrüßen die interne Vernetzung im Rahmen der Kommission Steuerung Suchtpolitik. Allenfalls kann die Zusammenarbeit mit den Berufsschulen verbessert werden. Es fällt auf, dass es sehr viele Akteure gibt, wobei die Zuständigkeiten nicht immer klar abgegrenzt sind – allenfalls ist eine Konsolidierung ins Auge zu fassen.

Handlungsbedarf sehen wir in der externen Zusammenarbeit, namentlich mit den anderen Gemeinden des Bezirks und mit dem Kanton Zürich – die notwendigen Strukturen zur Verbesserung der Kooperation müssen geschaffen werden. Allenfalls könnte auch der Erfahrungsaustausch mit der Stadt Zürich verstärkt werden.

Winterthur soll sich für eine transparente und faire Finanzierung der verschiedenen Institutionen einsetzen. Um eine gute Entscheidungsgrundlage zu schaffen, sollten auch die suchtspezifischen Kosten im Erziehungswesen, Polizei und Justiz separat ausgewiesen werden.

Wir vermissen eine Aussage zum Datenaustausch zwischen Ämtern, Schulen und Gemeinden.

3.2 Prävention

Ein ganzheitliches Vorgehen ist wichtig. Deshalb begrüssen die Grünliberalen, wenn die Suchtpräventionsstelle ihr Angebot auf andere psychosoziale Themenfelder ausweitet und auch das Umfeld miteinbezieht. Zudem sind auch substanzunabhängige Süchte (z.B. Internet) einzubeziehen; auch sie können gravierende Folgen haben. Die Prävention soll nicht nur auf die Jugend ausgerichtet sein, sondern auch Erwachsene miteinbeziehen.

Die verschiedenen Präventionsangebote sollen transparent dargestellt werden. Die Zuständigkeit für die Früherkennung muss klar geregelt sein. Der Einbezug und die Unterstützung von Erziehungsberechtigten im Rahmen der aufsuchenden Sozialarbeit ist ein wirksames und günstiges Mittel, das die Eigenverantwortlichkeit stärkt.

Wir begrüssen ausdrücklich Testkäufe in Restaurants, Tankstellen und Geschäften und fordern die konsequente Ahndung sowie die Veröffentlichung der Resultate.

3.3 Beratung, Therapie, Behandlung

Es braucht ein vielfältiges Angebot an Beratungen, Behandlungen und Therapien, die sowohl den illegalen als auch den legalen Bereich und sowohl substanzgebundene wie auch substanzungebundene Süchte abdeckt. Die Unterstützung von Angehörigen, insbesondere Kindern, ist wichtig. Die Angebote müssen religionsneutral sein.

3.4 Schadensminderung

Mit dem Umzug der Anlaufstelle DAS an die Zeughausstrasse wird ein wichtiges Angebot (endlich) verbessert – wir begrüssen das.

Die Schadensminderung umfasst richtigerweise die Gesundheitsförderung und soziale Integration von Suchtmittelkonsumierenden, was natürlich mit zunehmenden Alter dieser Menschen auch zusätzliche Herausforderungen stellt. Hier muss ein bedarfsgerechtes Angebot geschaffen werden.

Der öffentliche Raum wird durch Jugendliche und Junge Erwachsene, die exzessiv Alkohol konsumieren, stark belastet. Die gegenwärtige Situation rund um den Bahnhof ist nicht hinzunehmen. Wir erwarten, dass auch im Zusammenhang mit der „Ausgangstadt Winterthur“ das Verursacherprinzip gelten soll und dass sich die Partyveranstalter an den Kosten beteiligen.

Den Grünliberalen fehlt unter dem Titel Schadensminderung die Erwähnung der Angehörigen, insbesondere der Kinder.

3.5 Repression

Dank sichtbarer Polizeipräsenz wird eine offene Drogenszene verhindert und Ruhe und Ordnung im öffentlichen Raum gewahrt. Die Grünliberalen anerkennen, dass Repression als vierte Säule einen Pfeiler der Suchtpolitik darstellt, wollen aber nicht per „Blankocheck“ Finanzmittel zur Verfügung stellen, wie dies unter dem ersten Ziel „...verfügt über ausreichend personelle und finanzielle Res-

sourcen...“ verstanden werden könnte.

Strenge Repression von Besitz und Konsum von Cannabis ist nicht zielführend. Der Konsum von Cannabis soll aber nicht verharmlost werden. Wir erachten aber eine gute und vernetzte Zusammenarbeit von Prävention, Schulen und Peer-Group-Programmen als zweckmässiger als polizeiliche Repression.

Einen konsequenten repressiven Ansatz erachten wir hingegen bei der Bekämpfung einer offenen Drogenszene sowie beim Verkauf von Suchtmitteln an Minderjährige als sinnvoll und notwendig.

4. Weitere Bemerkungen

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass zu Massnahmen nicht nur das „wer - was“, sondern auch immer die Fragestellung „wann und mit welchen Mitteln (in Franken)“ beantwortet werden muss. Zudem muss definiert werden, wie der Erfolg gemessen wird.